

MORNING NEWS

6. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.815,75	-389,61	-1,61	24.205,36	DJ 30	47.954,74	-784,67	-1,61	48.739,41
MDAX	29.688,96	-668,32	-2,20	30.357,28	NASDAQ	25.020,41	-73,27	-0,29	25.093,68
TEC DAX	3.723,67	23,24	0,63	3.700,43	Nikkei 225	55.655,48	377,42	0,68	55.278,06
Euro Stoxx50	5.782,89	-88,03	-1,50	5.870,92	Hang Seng	25.793,25	471,91	1,86	25.321,34
Bund Future	127,20	0,02	0,02	127,18	Euro / US-\$	1,1609	0,00	0,00	1,1609
Gold in US-\$	5.119,38	37,08	0,73	5.082,30	Öl (Brent) US-\$	84,63	-0,78	-0,91	85,41
Bitcoin / US-\$	70.321,37	-827,39	-1,16	71.142,01	Ethereum / US-\$	2.066,17	-14,64	-0,70	2.080,53

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.968	+153
NASDAQ Future	25.127,25	+77,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	171,83	0,85	0,00	170,98	199,48	3.389.398,00
Nokia OJ	6,76	0,05	0,01	6,71	7,85	45.999.839,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Atos (17:45 Q4)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Staatsausgaben (q/q)	Q4	11:00	0,5% (0,7%)
EWU	BIP (q/q), sb, Drittes	Q4	11:00	0,3% (0,3%)
EWU	BIP (y/y), sb, Drittes	Q4	11:00	1,3% (1,3%)
EWU	Beschäftigung (q/q), Drittes	Q4	11:00	n/a (0,2%)
EWU	Beschäftigung (y/y), Drittes	Q4	11:00	n/a (0,6%)
USA	Einzelhandelsumsatz (m/m), vorab	Januar	14:30	-0,3% (0,0%)
USA	Einzelhandelsumsatz ex Kfz (m/m), vorab	Januar	14:30	0,0% (0,0%)
USA	Beschäftigte ausserhalb der Landwirtschaft	Februar	14:30	55.000 (130.000)
USA	Durchschnittlicher Stundenlohn (m/m)	Februar	14:30	0,3% (0,4%)
USA	Durchschnittlicher Stundenlohn (y/y)	Februar	14:30	3,7% (3,7%)
USA	Arbeitslosenquote	Februar	14:30	4,3% (4,3%)
USA	Lagerbestände	Dezember	16:00	0,1% (0,1%)
USA	Verbraucherkredite	Januar	21:00	12,650 (24,045) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,58 (1,42)	10-jährige Bonds	-0,422	4,13%
Volumen NASDAQ	10,96 (10,88)	30-jährige Bonds	-0,484	4,74%

()=Vortag

Die **US-Börsen** haben am Donnerstag ihre **Verluste ausgeweitet**. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor 1,6 Prozent auf 47.955 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab 0,3 Prozent auf 22.749 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,6 Prozent auf 6831 Stellen ein.

Für **Nervosität** sorgte vor allem ein **erneuter Anstieg bei den Energiepreisen**: Seit Wochenbeginn haben Versorgungssängste die Preise für das Nordseeöl **Brent** und **WTI** nach oben getrieben. Am Donnerstagabend lag Brent bei 84,56 Dollar je Fass, ein Plus von 3,9 Prozent. WTI stieg um sieben Prozent auf 79,88 Dollar. Die Wasserstraße von Hormus ist eine wichtige Transportader für rund ein Fünftel der weltweiten Öl- und Flüssigerdgas-Versorgung. Aktuell ist der Schiffsverkehr hier wegen militärischer Aktionen nahezu zum Erliegen gekommen.

Der **Anstieg beim Ölpreis** schürte neue **Sorgen rund um die Geldpolitik**. "In den vergangenen Jahren lag der Fokus der US-Notenbank Fed darauf, die Inflation zu senken, und zuletzt waren dabei Fortschritte zu sehen", sagte Adam Sarhan, Chef von 50 Park Investments. "Bleiben die Energiepreise jedoch hoch, könnte die Inflation wieder anziehen - und die Fed wäre gezwungen, ihre Strategie zu überdenken." Die Währungshüter versuchen, mit erhöhten Zinsen die Teuerungsrate auf den Zielwert von zwei Prozent zu drücken.

Zugleich könnte die Störung von Lieferketten durch den Nahost-Konflikt die Preise für Aluminium weiter nach oben schnellen lassen, prognostizierte Ulrich Stephan von der Deutschen Bank. Grund dafür sei, dass die Beeinträchtigung der Straße von Hormus sowohl die Anlieferung der für die Aluminiumherstellung benötigten Vorprodukte Tonerde und Bauxit als auch die Ausfuhr von raffiniertem Aluminium erschwere.

Am Devisenmarkt nahmen die Anleger erneut Kurs auf die US-Währung. Der **Dollar-Index** stieg um 0,2 Prozent auf 99,04 Punkte. Seit Beginn der US-Militäraktion gegen den Iran am Wochenende hat der Index rund 1,5 Prozent an Wert gewonnen. Kapital fließe in die klassische Krisenwährung, der Dollar übernehme wieder die Rolle des sicheren Hafens, sagte Maximilian Wienke von eToro.

Von den steigenden Ölpreisen profitierten Energiekonzerne wie **Valero** und **Cheniere**, deren Aktien um 1,1 beziehungsweise 0,2 Prozent zulegten. Die Aussicht auf höhere Kraftstoffkosten belastete hingegen erneut Aktien aus dem Luftfahrtsektor: **American Airlines**, **United** und **Delta** verloren 3,9 bis 5,4 Prozent.

Für Gesprächsstoff sorgten auch die Aktien der Buchungsplattformen **Expedia** und **Booking**, die um 13,7 und 8,5 Prozent zulegten und sich damit an die Spitze des S&P 500 setzten. Einem Bericht der Online-Publikation "The Information" zufolge fährt OpenAI seine Pläne für eine direkte Kaufabwicklung in seinem Chatbot ChatGPT zurück. Dies linderte bei Anlegern die Sorge, dass das Geschäftsmodell von Online-Marktplätzen durch den KI-Anbieter gestört werden könnte.

US Unternehmen

Marvell Technology hat mit seiner Umsatzprognose für das laufende Quartal die Erwartungen der Wall Street übertroffen und damit seine Aktien nachbörslich beflügelt. Der Chipentwickler profitiert von der hohen Nachfrage nach maßgeschneiderten Halbleitern für Rechenzentren, die für Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) benötigt werden. Für das erste Quartal stellte das Unternehmen am Donnerstag Erlöse von rund 2,40 Milliarden Dollar in Aussicht, während Analysten laut LSEG-Daten im Schnitt mit 2,27 Milliarden gerechnet hatten. Auch beim bereinigten Gewinn je Aktie lag der Ausblick mit 79 Cent über der Schätzung von 74 Cent. Im abgelaufenen vierten Quartal lag der Umsatz bei 2,22 Milliarden Dollar und entsprach damit in etwa den Prognosen. Die Marvell-Aktie legte im nachbörslichen US-Handel zeitweise um acht Prozent zu (Reuters).

Sorgen über Zölle und eine Kaufzurückhaltung der US-Verbraucher trüben die Aussichten für den Modehändler **Gap**. Die Aktie gab nachbörslich um mehr als acht Prozent nach, nachdem das Unternehmen einen Gewinnausblick unter Markterwartungen veröffentlicht hatte. Für das Gesamtjahr stellte der Mutterkonzern von Old Navy einen bereinigten Gewinn von 2,20 bis 2,35 Dollar je Aktie in Aussicht und blieb mit dem Mittelwert dieser Spanne unter der Analystenschätzung von 2,32 Dollar. Belastend wirkten sich vor allem US-Einfuhrzölle aus, die die Bruttomarge im

laufenden Quartal um 200 Basispunkte drücken dürften. Zudem hielten sich Kunden bei nicht unbedingt notwendigen Anschaffungen zurück: Der vergleichbare Umsatz im wichtigen Weihnachtsquartal stieg um drei Prozent und verfehlte damit die LSEG-Prognosen knapp (Reuters).

Der US-Softwarekonzern und SAP-Konkurrent **Oracle** plant einem Medienbericht zufolge wegen der hohen Kosten für den Ausbau seiner KI-Rechenzentren die **Streichung Tausender Stellen**. Der Abbau solle Unternehmensbereiche übergreifend erfolgen und könne bereits in diesem Monat beginnen, meldete die Nachrichtenagentur Bloomberg am Donnerstag unter Berufung auf Insider. Die Kürzungen seien weitreichender als üblich. Einige betreffen demnach Stellen, deren Bedeutung nach Einschätzung des Unternehmens wegen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) abnehmen werde. Zudem habe Oracle intern angekündigt, viele offene Stellen in seiner Cloud-Sparte zu überprüfen und damit den Einstellungsprozess zu verlangsamen (Reuters).

Das **Pentagon** hat das KI-Unternehmen **Anthropic** offiziell als **Risiko für die Lieferkette** eingestuft. Die am Donnerstag (Ortszeit) verhängte Maßnahme verbietet Regierungsauftragnehmern mit sofortiger Wirkung den Einsatz von Anthropic-Technologie bei ihrer Arbeit für das US-Militär, wie das Unternehmen bestätigte. Firmenchef Dario Amodei kündigte in einer Erklärung an, gerichtlich gegen die Entscheidung vorgehen zu wollen (Reuters).

Marktmeldungen

Die **Europäische Zentralbank** (EZB) bleibt auch nach Ausbruch des Nahostkonflikts **zinspolitisch flexibel**. Sie werde ihre Geldpolitik von Sitzung zu Sitzung neu festlegen, sagte EZB-Präsidentin Christine Lagarde. Die EZB werde ihre Entscheidungen "auf Grundlage aller verfügbaren, analysierbaren und sorgfältig zu prüfenden Daten" treffen, erklärte die Französin in einer Fragerunde an der Johns Hopkins University in Bologna. Es gebe kein festgelegtes Tempo für die geldpolitische Ausrichtung. "Ich denke, dass diese beiden Aspekte die EZB und das Eurosystem in eine gute Position versetzen, die aktuellen Schocks sehr genau zu beobachten und ihre Folgen für die Zukunft zu verstehen", fügte sie hinzu (Reuters).

Die **Nato** erhöht nach dem Abfangen einer iranischen Rakete über der Türkei ihre **Abwehrbereitschaft im gesamten Bündnis**. Die Maßnahme bleibe bestehen, bis die Bedrohung durch die "fortgesetzten, wahllosen Angriffe" des Irans nachlasse, teilt das militärische Hauptquartier mit. Generalsekretär Mark Rutte stellt jedoch klar, dass das Bündnis nicht die Auslösung des Bündnisfalls nach Artikel 5 plane. Ein Sprecher erklärt, die Nato habe am Mittwoch ihre Raketenabwehr in der Türkei "perfekt ausgeführt" (Reuters).

US-Präsident Donald Trump tauscht seine **Heimatschutzministerin** Kristi Noem aus, die als Gesicht seiner harten Einwanderungspolitik gilt. Noem werde ihr Amt Ende des Monats abgeben, teilte Trump am Donnerstag auf seiner Plattform Truth Social mit. Der **Senator Markwayne Mullin** aus Oklahoma solle ihr nachfolgen. Seine Ernennung muss vom Senat bestätigt werden. Der Personalwechsel wirft Fragen zur künftigen Ausrichtung der Migrationspolitik des republikanischen Präsidenten auf (Reuters).

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth erteilt einer Ausweitung der **militärischen Ziele der USA im Iran** eine Absage. Es gebe keinerlei Ausweitung der Ziele, man wisse genau, was man im Iran erreichen wolle, sagte Hegseth. Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump in einem Telefoninterview mit der Nachrichtenagentur *Reuters* gesagt, die USA müssten bei der Auswahl der nächsten Führungsperson des Landes mithelfen. Hegseth fügte hinzu, Trump rede angesichts der laufenden Militäroperation bereits "ein gewichtiges Wort mit", wer den Iran regiere. Dem Pentagon zufolge zielt die Militäraktion darauf ab, die Offensivraketen, die Raketenproduktion und die Marine des Iran zu zerstören. Zudem soll Teheran am Bau einer Atombombe gehindert werden.

Die **Regierung in Jerusalem** hat nach Angaben von Verteidigungsminister Israel Katz im **November** beschlossen, das **iranische geistliche Oberhaupt** Ajatollah Ali Chamenei zu töten. Der Einsatz sei ursprünglich für Mitte 2026 geplant gewesen, sagt Katz dem Fernsehsender N12. Wegen der Proteste im Iran und der Sorge vor einem iranischen Angriff sei der Plan jedoch in Abstimmung mit Washington vorgezogen worden (Reuters).

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigt an, die **libanesischen Streitkräfte** mit gepanzerten Fahrzeugen und logistischer Unterstützung zu stärken. Es müsse alles getan werden, um zu verhindern, dass das Land erneut in einen Krieg hineingezogen werde, sagt er auf sozialen Medien. Er fordert zudem Israel auf, den Krieg nicht auf den Libanon auszuweiten. An die iranische Führung appelliert er, das Land nicht weiter in einen Krieg hineinzuziehen, der nicht der seine sei. Die Hisbollah müsse ihr Feuer auf Israel sofort einstellen. Israel müsse im Gegenzug von einer Bodenintervention oder einer großangelegten Operation auf libanesischem Gebiet absehen (Reuters).

Die **USA** haben dem **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj zufolge um **Hilfe beim Umgang mit Drohnen im Krieg gegen den Iran** gebeten. "Wir haben von den Vereinigten Staaten eine Anfrage nach konkreter Unterstützung beim Schutz vor 'Schahed' im Nahen Osten erhalten", schreibt Selenskyj auf Englisch auf der Social-Media-Plattform X. Die Ukraine hat Erfahrung mit der Abwehr von Drohnen des iranischen Typs "Schahed", die Russland seit langem im Krieg gegen sein Nachbarland einsetzt. "Ich habe die Anweisung gegeben, die notwendigen Mittel bereitzustellen und die Anwesenheit ukrainischer Spezialisten sicherzustellen, die die erforderliche Sicherheit gewährleisten können", erklärt Selenskyj. US-Präsident Donald Trump sagt dazu in einem Reuters-Interview auf eine entsprechende Frage: "Selbstverständlich werde ich jede Hilfe von jedem Land annehmen." (Reuters).

Im Streit über einen von Ungarn blockierten **EU-Kredit** droht der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj dem **ungarischen Ministerpräsidenten** Viktor Orban. "Wir hoffen, dass eine Person in der Europäischen Union die 90 Milliarden Euro nicht blockieren wird und die ukrainischen Kämpfer Waffen bekommen, andernfalls geben wir die Adresse dieser Person unseren Jungs weiter, auf dass sie ihn anrufen und mit ihm in ihrer Sprache reden", sagte Selenskyj nach einer erweiterten Regierungssitzung in Kiew. Der Staatschef betonte, dass sein Land zum EU-Kredit keine Alternative habe. In Ungarn wurde umgehend auf die Äußerung reagiert. "Diese Drohungen und Erpressungen von Selenskyj gehen weit über jedes akzeptable Limit hinaus", schrieb Orbans Pressesprecher Zoltan Kovacs auf der Plattform X. Persönliche Emotionen hätten nichts in Angelegenheiten wie dieser zu suchen. Ungarn werde sich nicht einschüchtern und erpressen lassen (dpa/AFX).

Israel geht bei seinen **Angriffen im Iran** Armeeangaben zufolge in eine **nächste Phase** über. "In dieser Phase werden wir das Regime und seine militärischen Kapazitäten weiter zerschlagen", sagte Israels Generalstabschef Ejal Zamir Militärangaben zufolge. Seit Samstagmorgen habe Israels Luftwaffe in der nun abgeschlossenen "Überraschungsangriffsphase" rund 2.500 Angriffe im Iran ausgeführt, die Lufthoheit erlangt und mehr als 60 Prozent der Abschussvorrichtungen für ballistische Raketen zerstört (dpa/AFX).

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** (VAE) erwägen einem Bericht des "*Wall Street Journal*" zufolge, **iranische Vermögenswerte** in Milliardenhöhe einzufrieren. Die Zeitung beruft sich dabei auf mit den Gesprächen vertraute Personen.

Die **iranischen Streitkräfte** haben einem Insider zufolge seit Beginn des Krieges mehr als 500 **ballistische Raketen** und **Marschflugkörper** abgefeuert. Zudem seien 2000 **Drohnen** gestartet worden, meldet die iranische Nachrichtenagentur Fars unter Berufung auf Militärkreise (Reuters).

Irans Luftstreitkräfte haben in zwei neuen Wellen **Raketen auf Israel** gefeuert. Dabei seien auch Gefechtsköpfe mit **Streumunition** zum Einsatz gekommen, berichtete der staatliche iranische Rundfunk. "Raketenregen auf dem Weg nach Tel Aviv", betitelte der Rundfunk ein Video, das Leuchtspuren der sogenannten Clustermunition zeigen soll. In Israel wurde Raketenalarm ausgelöst (dpa/AFX).^

Ein **Drohnenangriff** auf den **Luftwaffenstützpunkt Al Udeid in Katar** ist nach Angaben des dortigen Verteidigungsministeriums abgewehrt worden. Es handelt sich um den größten US-Stützpunkt im Nahen Osten (Reuters).

Die libanesisch **Hisbollah-Miliz** fordert die **israelischen Anwohner** zur **Räumung von Grenzorten** auf. In einer auf ihrem Telegram-Kanal auf Hebräisch veröffentlichten Nachricht heißt es, dass alle Ortschaften in einem Umkreis von fünf

Kilometern zur Grenze geräumt werden müssen. Die Aggression des israelischen Militärs gegen die libanesische Souveränität und Zivilisten werde nicht unbeantwortet bleiben, erklärte die Miliz weiter (Reuters).

US-Präsident Donald Trump ermutigt **iranisch-kurdische Kräfte** im Irak zu Angriffen auf den Iran. "Ich finde es wunderbar, dass sie das tun wollen, ich wäre dafür", sagt er der Nachrichtenagentur *Reuters*. Iranisch-kurdische Milizen haben sich nach Angaben von drei mit der Angelegenheit vertrauten Personen in den vergangenen Tagen mit den USA darüber beraten, ob und wie sie die iranischen Sicherheitskräfte angreifen sollen. Die im irakisch-iranischen Grenzgebiet ansässigen Gruppen trainieren demnach für einen solchen Angriff (Reuters).

Die **USA** werden nach Darstellung von Präsident Donald Trump an der **Auswahl des nächsten iranischen Staatsoberhauptes** beteiligt sein. In einem Telefoninterview der Nachrichtenagentur *Reuters* vergleicht er dies mit dem Vorgehen in Venezuela. Allerdings sei der Prozess für die Nachfolge des geistlichen und politischen Oberhauptes Ajatollah Ali Chamenei noch in einem frühen Stadium, sagt Trump weiter. Es müsse jemand sein, "der großartig für das Land, großartig für das Volk" des Irans sei. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass Chameneis Sohn Modschtaba das Amt übernehme (Reuters).

Aserbaidshan bereitet nach dem **Einschlag von vier mutmaßlich iranischen Drohnen** in seiner Exklave Nachitschewan **Vergeltungsmaßnahmen** vor. "Wir werden diesen unprovokierten Terrorakt und die Aggression gegen Aserbaidshan nicht dulden", sagt Präsident Ilham Alijew bei einem Treffen des Sicherheitsrates. "Unsere Streitkräfte wurden angewiesen, geeignete Vergeltungsmaßnahmen vorzubereiten und umzusetzen." Aserbaidshanischen Angaben zufolge kamen die Drohnen aus dem Iran und verletzten vier Menschen. Die Regierung in Teheran weist eine Verwicklung zurück. Man greife die Nachbarländer nicht an, sagt der stellvertretende Außenminister Kasem Gharibabadi. Als Reaktion auf den Vorfall sperrt Aserbaidshan seinen südlichen Luftraum und stoppt den Frachtverkehr an der Grenze zum Iran (Reuters).

In **Bahrain** ist örtlichen Behördenangaben zufolge nach einem **iranischen Raketenangriff** ein Feuer in einer **Raffinerie** ausgebrochen. Der Brand in der Anlage von Bapco Energies sei jedoch unter Kontrolle, teilt das Nationale Kommunikationszentrum mit. Der Betrieb der Raffinerie laufe weiter, es gebe keine Verletzten (Reuters).

Die weltgrößte **Container-Reederei MSC** reagiert auf die Eskalation im Nahen Osten mit einem **"Notfallzuschlag für Treibstoff"**. Ab dem 16. März werden für Fracht von Nordeuropa in das Rote Meer und nach Ostafrika zusätzliche Gebühren erhoben, teilt das Unternehmen mit. Für einen Standardcontainer (TEU) ins Rote Meer berechnet MSC beispielsweise 40 Dollar zusätzlich, für Kühlcontainer beträgt der Aufschlag 60 Dollar (Reuters).

Mit **Indonesien** droht ein erstes Land, den von US-Präsident Donald Trump initiierten **Friedensrat für den Gazastreifen** wieder zu verlassen. Präsident Prabowo Subianto macht den Verbleib von Fortschritten für die Palästinenser abhängig. Sollte das Gremium keinen Nutzen bringen oder indonesischen Interessen widersprechen, werde sich Jakarta zurückziehen, teilt die Regierung nach einem Treffen mit islamischen Gruppen mit (Reuters).

Gesundheitswesen

Der Schweizer Pharmakonzern **Roche** hat mit seinem **experimentellen Abnehmmedikament** Petrelintide in einer Studie der mittleren Phase Erfolge erzielt. Patienten hätten innerhalb von 42 Wochen bis zu 10,7 Prozent ihres Körpergewichts verloren, teilte das Unternehmen mit. In der Vergleichsgruppe, die ein Placebo erhielt, sei das Gewicht um 1,7 Prozent zurückgegangen. Roche entwickelt den Wirkstoff gemeinsam mit der dänischen Zealand Pharma (Reuters).

Öl & Gas

Ein **Drohnenangriff** auf ein von der US-Firma HKN Energy betriebenes **Ölfeld** im irakischen **Kurdistan** hat die Produktion dort zum Erliegen gebracht. Dies teilten Sicherheitskreise und ein Ingenieur des Ölfelds mit. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Angriff. Kurdische Vertreter beschuldigen jedoch mit dem Iran verbündete irakische Milizen. Sollte sich

dies bestätigen, hätten die Milizen ihre Angriffe von US-Militärstützpunkten auf US-Energieinteressen ausgeweitet (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Syrien hat einen **Luftkorridor** von der nördlichen Stadt **Aleppo** zum Mittelmeer für ausländische Fluggesellschaften geöffnet und will damit den lahmgelegten Flugverkehr in der Region entlasten. Der Korridor solle eine sichere Flugroute für ankommende und abfliegende Maschinen bieten, sagte der Leiter der Zivilluftfahrtbehörde, Omar Hosari. Zudem seien die Flugrouten im Norden des syrischen Luftraums in Richtung Türkei wieder freigegeben worden. Ein erster Flug der Syrian Air von Aleppo nach Istanbul sei bereits sicher gelandet und markiere die schrittweise Wiederaufnahme des Betriebs am internationalen Flughafen von Aleppo (Reuters).

Die Fluggesellschaft **Etihad Airways** nimmt vom 6. bis 19. März den **kommerziellen Flugbetrieb** teilweise wieder auf. Zu den wichtigsten Zielen von und nach Abu Dhabi gehören demnach unter anderem Kairo, Delhi, London, Frankfurt, New York, Paris, Moskau, Toronto und Zürich, wie das Unternehmen mitteilt (Reuters).

Technologie

Die **US-Regierung** erwägt einem Dokument zufolge neue Hürden für den **Export von Hochleistungschips für Künstliche Intelligenz (KI)**. Demnach könnten ausländische Staaten verpflichtet werden, in US-Rechenzentren zu investieren oder Sicherheitsgarantien abzugeben, um große Mengen der Halbleiter zu erhalten, wie aus dem Papier hervorging, in das die Nachrichtenagentur *Reuters* Einblick erhielt. Auch für kleinere Lieferungen von weniger als 1000 Stück könnte eine Lizenz erforderlich werden. Um Ausnahmen von der Lizenzpflicht zu erhalten, müssten Hersteller wie Nvidia oder AMD die Nutzung der Chips überwachen. Zudem müssten die Empfänger eine Software einsetzen, die verhindert, dass die Prozessoren zu größeren "Clustern" zusammengeschaltet werden. Die Pläne sind noch nicht endgültig.

Der weltgrößte Elektronikhersteller **Foxconn** hat vor den Folgen eines länger andauernden Konflikts mit dem Iran für die Weltwirtschaft gewarnt. Sollte der Konflikt andauern, könnten die Ölpreise auf 100 Dollar pro Barrel steigen und auch die Preise für Rohstoffe in die Höhe treiben, sagte Unternehmenschef Young Liu am Freitag in Neu-Taipeh. Dann würde jeder die Auswirkungen spüren. Die Folgen für sein eigenes Unternehmen seien derzeit jedoch begrenzt. Er erwarte für 2026 ein sehr gutes Jahr für den Konzern, der unter anderem ein wichtiger Hersteller von KI-Servern für Nvidia ist (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

